

Kreuze sind zum Wählen da!

Das Kreuz gehört den Christen offenbar nicht allein. Der CSU gehört es auch. Im derzeitigen Endkampf um ihre Alleinherrschaft in Bayern ruft sie alle anständigen Bayern zum Kreuzzug gegen DIE LINKE auf. Gegen 2800 bayerische Mitbürger soll zum ultimativen Kampf ums christliche Abendland gezogen werden. Weil die politisch nicht zu Kreuze krochen vor der Agenda 2010 – vor Schröder nicht, der SPD nicht und vor der CSU schon gar nicht.

Christliche wie demokratische Gebote verlangen menschliche Solidarität und eine politische Auseinandersetzung mit dieser Protestgruppe von linken Dogmatikern, von Ökos und frustrierten Gewerkschaftlern. Sie in einem historisch wie politisch absurden „Kreuzzug“ zu mittelalterlichen Feindbildern zu recyceln macht DIE LINKE zu Märtyrern und wertet sie zu einer politischen Größe auf. Letztendlich ist der Aufruf zum Kreuzzug ein groteskes Ablenkungsmanöver vor den Problemen, die von der CSU selbst geschaffen wurden – vor Problemen in der bayerischen Schul- und Bildungspolitik, der Sozial- und Wirtschaftspolitik wie in der Familien- und Umweltpolitik.

Umfragen zeigen, dass mehr als drei Viertel der Bevölkerung in Bayern gleiche Bildungschancen für alle Kinder wollen. 81 Prozent wollen eine Ganztagesbetreuung in den Schulen für alle Kinder und 77 Prozent der Bayern sind für Mindestlöhne. Die SPD hat im Bayerischen Landtag als Oppositionspartei kompetent und engagiert für mehr



Geld und verbesserte Arbeitsbedingungen für die Kinderbildung und Kinderbetreuung gekämpft, hat sich für eine Stärkung der Wirtschaftsstruktur in schwächeren Regionen und für einen vorsorgenden Klimaschutz eingesetzt, hat Maßnahmen gegen die in Bayern immer noch immensen Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau gefordert und ist konkret für eine kindgerechte Schule mit gleichen Bildungschancen für alle eingetreten. Gegen eine Zwei-Drittel-Mehrheit der CSU waren diese Konzepte nicht durchzusetzen – für die Zeit nach dem 28. September aber liegen sie bereit – für eine bessere politische und soziale Entwicklung in Bayern – aber nur:

Wenn viele bayerische Wählerinnen und Wähler ihr Kreuz der SPD geben!

Herausgeber: SPD-Ortsvereine Hainsacker, Kareth, Lappersdorf

Verantwortlich: Barbara Rappl, Kaulhausen 46, 93138 Lappersdorf

Weitere Informationen:
www.spd-lappersdorf.de und
www.spd-hainsacker.de

SPD

LAPPERSDORFER MARKT-ECHO

INFORMATIONEN & MEINUNGEN DER SPD-ORTSVEREINE
LAPPERSDORF - HAINSACKER - KARETH

Lappersdorf bleibt halbherzig: keine Ganztagschule

Ab Herbst 2009 wird es in Lappersdorf eine Ganztagsklasse geben. Die jahrelangen Forderungen der SPD-Markträtin Barbara Rappl, werden – endlich – in die Tat umgesetzt. Bei einer Elternbefragung haben sich 19 % für eine gebundene Ganztagschule ausgesprochen, erläuterte der Vertreter der Gemeindeverwaltung in einer Marktratsitzung. Auch diese Befragung beruht auf einer wiederholten Forderung der SPD.

Wenn es jetzt trotz des breiten Elternwillens nur eine Ganztagsklasse gibt, dann ist das viel zu halbherzig.

Damit kann von einer Ganztagschule noch lange keine Rede sein und etliche Eltern werden noch lange auf die Verwirklichung ihres Wunsches warten müssen.

Zu Kritik gibt auch die genannte Elternbefragung Anlass. Auch sie wurde nur halbherzig durchgeführt.

Politiker, Lehrer und Erziehungswissenschaftler stellen immer wieder die Vorteile der Ganztagschule heraus, vor allem angesichts der Probleme bei Kindern und Jugendlichen. Diesen Erkenntnissen kann sich keine Kommune verschließen, wenn sie das Wohl der Kinder ernsthaft im Auge hat.

Deshalb muss man sich fragen, warum diese Elternbefragung in Lappersdorf nicht mit einer ausgiebigen Informationsmöglichkeit verbunden war. Vor wenigen Jahren hatte der Lappersdorfer Bürgermeister die Landwirte zu einer Infoveranstaltung ins Rathaus eingeladen, um Probleme im persönlichen Gespräch zu diskutieren. Und vor Jahren hatte der Landrat die Bierbrauer zu einer Aussprache zusammengeholt.

Angesichts diese Info-Bereitschaft in anderen Bereichen wäre es nur recht und billig gewesen, wenn Gemeinde und Schulleitung den Eltern mit einer umfangreichen Aufklärung zur Seite gestanden wären. Man muss sich fragen: Sind unsere Kinder weniger wert als Bauern und Bierbrauer?

Die SPD meint nein.

Und wir meinen auch dies: Hätte eine Aufklärung mit der Möglichkeit einer persönlichen Aussprache stattgefunden, wären wesentlich mehr als 19 Prozent von den Vorteilen einer Ganztagschule überzeugt gewesen.

Dann wäre offenkundig, dass eine Ganztagsklasse für Lappersdorf nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Für den Landkreis: Jochen Wahnschaffe in den Landtag!

Jochen Wahnschaffe kennt die Bühne der politischen Arbeit: Seit 1990 ist er Abgeordneter im Bayerischen Landtag und war dort in der letzten Wahlperiode Vorsitzender des Landtagsausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik.

So setzt er sich ein für die Bekämpfung der Kinderarmut und wünscht sich für jedes Kind eine warme Mahlzeit am Tag. Wahnschaffe fordert eine Entlastung der Eltern von den Kindergartengebühren, von Schulkosten und Studiengebühren. Universität und Fachhochschule in Regensburg sind zu sanieren und auszubauen, fordert der Abgeordnete.

Nach seiner Auffassung ist im Raum Regensburg eine bessere Schienenanbindung vonnöten. Scharf kritisiert Wahnschaffe die Bildungspolitik der CSU: Die gegenwärtige Diskussion um ein weiteres Gymnasium im Landkreis ist für den Abgeordneten ein „unwürdiges Gezerre“. Er kritisiert die Schließung von Hauptschulen, die über-vollen Klassen in unseren Schulen und die zahlreichen Unterrichtsausfälle.

Für die älteren Menschen fordert er ein „menschwürdiges Leben im Alter“. Aus diesem Grund sind die Angebote für die ambulante und stationäre Versorgung auszubauen.

Wahnschaffe ist 1941 geboren, verheiratet und hat zwei Kinder. Er war Richter am Landgericht Regensburg.

Wählen Sie mit Ihrer Erststimme Jochen Wahnschaffe und mit Ihrer Zweitstimme Margit Wild. So verschenken Sie keine Stimme und setzen ein Bollwerk gegen die selbstherrliche CSU-Politik der Vergangenheit.

Für den Landkreis: Sepp Weitzer in den Bezirkstag!

Am 28. September werden die Bürger und Bürgerinnen zur Wahlurne gebeten. Für den Bezirkstag in der Oberpfalz stellt sich für diese Wahl als SPD-Kandidat Sepp Weitzer zur Verfügung.

Er besitzt die kommunalpolitische Erfahrung, um in diesem Gremium die Interessen unserer Region vertreten zu können.

Weitzer wünscht sich eine weitere Senkung der Bezirksumlage, um so die Landkreise und die Gemeinden zu entlasten. Dazu ist auch eine Verbesserung der Bezirksfinanzen erforderlich, betont er. Dringend notwendig erachtet er eine intensivere Förderung der Denkmal- und Wohlfahrts-pflege. Notwendig ist ferner für ihn die Unterstützung der Jugendarbeit und der Arbeit in der Musikakademie Alteglofsheim.

Nach Auffassung von Weitzer ist die Versorgung für Kranke und Behinderte verbesserungsfähig, auch die Hilfsangebote für die Suchtabhängigen müssen erweitert werden.

Sepp Weitzer ist 1970 in Regensburg geboren, er schloss 1988 die Realschule ab und erreichte 1991 den vorzeitigen Facharbeiterabschluss. Er ist verheiratet und hat vier Kinder. Seit 1996 ist er im Gemeinderat Pfatter und seit 2002 auch Kreisrat. Im Mai 2008 wurde er vom Kreistag zum stellvertretenden Landrat gewählt.

Seit 2000 ist er bei der Krones AG in Neutraubling freigestellter Betriebsrat. Ferner ist er stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender und Aufsichtsrat der Krones AG.

Wenn Sie mit der bisherigen CSU-Politik im Land und in der Region unzufrieden sind, gehen Sie zur Wahl und wählen Sie die Kandidaten der SPD.

Wieder SPD-Kabarett in Hainsacker

Am Donnerstag, den 16. Oktober 2008, gastieren um 20 Uhr wieder die Musikkabarettisten Otto Göttler und Sepp Raith im Landgasthof Pröbl, Hainsacker.

Die beiden sturmerprobten Musikanten greifen in die Schatzkiste ihrer früheren und jetzigen Programme und präsentieren eine erfrischende Mischung aus feinen Leckerbissen und einem scharf gewürzten Zaubertrank für Hirn, Herz und Zwerchfell – traditionsbewusst, aber immer am Puls der Zeit.

Veranstalter sind der Verein Aufruf zur Phantasie e. V., die SPD Hainsacker und die SPD Bayern.

Der Kartenvorverkauf findet statt im Gasthof Pröbl, bei Schreibwaren Ulrich (Nettomarkt, Kareth), bei der Mittelbayerischen Zeitung im DEZ (hier zuzüglich 12 % Vorverkaufsgebühr).

Eine telefonische Vorbestellung ist möglich bei: Stefan Königsberger (Tel. 0941/84 764) und Barbara Rappl (Tel. 09409/904). Der Eintritt beträgt 12 Euro; für Schüler, Studenten, Zivildienstleistende, Azubis, Wehrpflichtige und Arbeitslose kostet der Eintritt 9 Euro.

Ihre Ansprechpartner:

Die SPD-Markträte in Lappersdorf:

Barbara Rappl, Fraktionssprecherin,
Kaulhausen, Tel. 09409/904

Harald Baier, Tel. 82 003

Stefan Königsberger, Tel. 84 764

Albert Lehrer, Tel. 88 848

Josef Schmidmeister, Tel. 87 384

Ausstellung über „90 Jahre Frauenwahlrecht“

Es war eine gute Idee der Lappersdorfer Rathausverwaltung, zur Geschichte der Frauen-Emanzipation eine Ausstellung zu organisieren. Diese steht unter dem Motto „90 Jahre Frauenwahlrecht“.

Ursprünglich war bei der Vorbereitung nur die Frauenunion (der CSU) der Ansprechpartner für die Verwaltung. Jetzt ist auch die SPD im Boot, denn die Geschichte zeigt eindeutig, dass das Frauenwahlrecht und die Verbesserung der Lebensverhältnisse für Mädchen, Frauen und Familien ein historisch belegtes Verdienst der Sozialdemokratie ist.

Eine kritische Anmerkung muss hier aber erlaubt sein: Um ein derartiges Thema für eine anspruchsvolle Veranstaltung aufzuarbeiten, wäre ein parteiübergreifender Ausschuss von interessierten Frauen zweckmäßig und dienlich gewesen, damit allen Besuchern eine ausgewogene Vermittlung von Fakten angeboten werden kann.

Derartige Voraussetzungen zu schaffen, wäre aber Aufgabe der Rathausspitze, d. h. des Bürgermeisters.

Die SPD-Vorsitzenden in Lappersdorf:

Lappersdorf:

Albert Lehrer, Tel. 88 848

Hainsacker:

Stefan Königsberger, Tel. 84 764

Kareth:

Josef Schmidmeister, Tel. 87 384

Ablenkungsmanöver im CSU-Wahlkampf

Wahlkämpfe sind für eine Demokratie willkommene Zeiten: Die Regierenden müssen sich verantworten und Rechenschaft ablegen über die letzte Wahlperiode, die nicht regierenden Parteien können darstellen, wie sie es besser machen würden. Doch das sind Wunschvorstellungen.

Wer den gegenwärtigen Landtagswahlkampf nur ein wenig verfolgt, merkt sehr bald, dass von politischer Rechenschaft der CSU sehr wenig zu spüren ist. Mit einem Ablenkungsmanöver sondergleichen wird versucht, dem Bürger Sand in die Augen zu streuen und den Mantel der Vergesslichkeit über all die bayerischen Missstände auszubreiten:

- Dass in unseren Schulen die Klassen zu groß sind.
- Dass der Übertritt nach der 4. Grundschulklasse viel zu früh erfolgt.
- Dass die 6-jährige Realschule hauptursächlich für das Hauptschulsterben ist.
- Dass das achtjährige Gymnasium eine Fehlentscheidung ist.
- Dass in Bayern Kinder aus den unteren Schichten im Vergleich zu anderen Bundesländern die geringsten Lebenschancen haben.
- Dass der öffentliche Personennahverkehr viel zu wenig attraktiv und zu teuer ist.
- Dass die Verödung des ländlichen Raumes durch die Strukturpolitik der CSU verursacht wurde.
- Dass gerade beim Rauchergesetz die CSU ohne jede Rücksicht auf die kleinen Dorfwirtshäuser ihre Macht ausspielen wollte.
- Dass die CSU mit ihrer Forderung nach Einführung der alten Kilometerpauschale im Glashaus sitzt, denn sie war es, die 2006 die Streichung vehement eingefordert hat.
- Dass die Scheinheiligkeit der CSU mit ihrer Forderung nach mehr Steuergerechtigkeit nicht mehr zu überbieten ist, denn seit 2005 hat in Berlin die CSU in 19 Fällen für eine Anhebung der Steuern gestimmt.
- Dass die CSU mit ihren Transrapid-Plänen zur Verschleuderung von Steuergeldern bereit war.
- Dass die Machenschaften der Landesbank auch die CSU zu verantworten hat.
- Dass die CSU-Generalsekretärin – bisher in der Politik ein Mauerblümchen – Nachhilfe in der Geschichte braucht, damit sie nicht wieder den Besuch des SPD-Bundesvorsitzenden Beck in einem ehemaligen Stasi-Gefängnis als Heuchelei bezeichnet.

Derartigen Diskussionen entzieht sich die CSU. Nicht Aufklärungsversammlungen oder politische Frühschoppen kennzeichnen den Wahlkampf, sondern höchst unpolitische Aktionen der Kandidaten: Sie besuchen Nordic-Walken-Treffen, spazieren an Badestränden, gesellen sich unter Oldtimer-Fahrzeuge, besuchen Vereinsjubiläen.

Und dann wundern wir uns, dass große Teile der Bevölkerung unpolitisch geworden sind und wenig politisches Interesse zeigen.

CSU demonstriert trotzig ihre knappe Mehrheit.

Dass es zum Nachteil der Bürger werden kann, wenn eine Partei die absolute Mehrheit hat, zeigen auch die jüngsten Vorgänge im Lappersdorfer Marktrat. So wurden gleich nach der Kommunalwahl von der knapper gewordenen CSU Mehrheit die Friedhofsgebühren um 50 % erhöht.

Der bis dahin in der Geschäftsordnung festgelegte Ausschuss Jugend, Kultur und Soziales wurde ebenfalls von der dünn gewordenen CSU-Mehrheit abgeschafft. Nach dem Motto „Wir zeigen euch gleich am Anfang, wo der Bartl den Most holt“ hat sich die CSU zwar durchgesetzt, im Sinne der Öffentlichkeit kann das aber nicht sein.

Während andere Gemeinden in verschiedenen Ausschüssen versuchen, Entscheidungen gründlich vorzubereiten und die Ausschussmitglieder genügend Zeit haben, sich auch in ihrer Freizeit in spezielle Themen gründlich einzuarbeiten, erachtet man das in Lappersdorf nicht für nötig. Es wird eben alles von der zweifelsohne guten Verwaltung und vom Bürgermeister gemacht. In der Marktratsitzung braucht es dann nur noch die Zustimmung. Wozu braucht man da noch einen Ausschuss?

Gehen Sie zur Wahl

Gehen Sie am 28. September zur Wahl. Überlassen Sie die Entscheidung nicht jenen Menschen, die sich an der Wahl beteiligen.

Wählen Sie am 28. September die SPD, damit die CSU ihre selbstbestimmende Mehrheit verliert und in München nicht mehr selbstherrlich regieren kann. Denken Sie an das Wohl unserer Kinder und unsere Zukunft.

Neues Gymnasium für den Landkreis: mal Hü und mal Hott!

Die ausufernde Diskussion um ein neues Landkreisgymnasium und die Frage nach den möglichen Standorten Lappersdorf oder Regenstauf erhitze vor Wochen die Gemüter. MdL Jochen Wahnschaffe, der den Bedarf für ein neues Gymnasium genauso gegeben sieht wie die SPD in Stadt und Landkreis, mahnte zu besonnenem Vorgehen, während MdL Graf von und zu Lerchenfeld öffentlich für den Standort Regenstauf warb – aus wahltaktischen Gründen.

Wahnschaffe machte deutlich, dass es jetzt darum gehe, vom Kultusministerium das Ja für ein neues Gymnasium zu erreichen, dann erst kann über den Standort diskutiert werden.

Das Ministerium hat zwar versprochen, einen schon 2005 abgelehnten Antrag auf ein neues Gymnasium erneut zu prüfen, während aber der Ministerialbeauftragte für die Gymnasien, Günther Trüb, wiederholt seine ablehnende Haltung bekundet.

Deshalb fordert jetzt MdL Wahnschaffe, dass Stadt und Landkreis unverzüglich gemeinsam einen entsprechenden Antrag stellen.

Steinerne Brücke - neue Ideen gefragt

Stadt und Landkreis Regensburg haben in den letzten Jahren ein leistungsfähiges ÖPNV-Konzept im Großraum Regensburg verwirklicht. Ein wesentlicher Bestandteil ist der die Donau überquerende Verkehr. Bis vor kurzem gab es zwei Übergänge, nämlich die Nibelungenbrücke (80 % des ÖPNV) und die Protzenweiher/Steinerne Brücke (20 % des ÖPNV). Nach der Sperrung der Steinernen Brücke besteht nur mehr die Nibelungenbrücke als Übergang. Diese Situation engt die Gestaltungsmöglichkeiten für den ÖPNV ein und mindert auch seine Attraktivität. Eine Ersatztrasse ist in der Diskussion, und es ist richtig, wenn Landkreisgemeinden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Regensburg von der Notwendigkeit einer zusätzlichen Donauüberquerung zu überzeugen.

Die derzeitige Situation stellt sich wie folgt dar:

Der Oberbürgermeister von Regensburg hat die Steinernen Brücke für den Busverkehr sperren lassen, da aufgrund eines Gutachtens die notwendige Verkehrssicherheit nicht gegeben ist. Im Stadtrat gibt es zudem eine große Mehrheit, diese Brücke nicht mehr für den Busverkehr zu öffnen. Die Entscheidung der Stadt ist zu akzeptieren. Es ist davon auszugehen, dass eine Ersatzbrücke für die Steinernen Brücke frühestens in 3 bis 5 Jahren zur Verfügung stehen kann. Im schlimmsten Fall gibt es keine Ersatzbrücke.

Die zum Teil heftige Reaktion des Landrates und einiger Bürgermeister war für den ersten Moment verständlich, aber aufgrund der Fakten wenig hilfreich. Es wäre sinnvoller gewesen, wenn sich OB und Landrat mit den zuständigen Fachleuten – ohne Öffentlichkeit – zusammengesetzt hätten, um die Lage zu erörtern.

Zur Lappersdorfer Situation ist Folgendes festzustellen:

Das Marktgebiet wird durch die Linien 13, 14, 15 und 17 an die Stadt angebunden. Die Linien 14 und 15 fahren schon immer über die Nibelungenbrücke. Bei der Linie 17 – sie verkehrt nur im Stundentakt – fällt die Umleitung über die Nibelungenbrücke nicht allzu sehr ins Gewicht. Das mit Abstand höchste Verkehrsaufkommen weist wegen des 20-Minuten-Taktes die Hauptlinie 13 auf; die Umleitung über die Nibelungenbrücke bedeutet also eine spürbare Fahrzeitverlängerung. Es können aber alle bisherigen Haltestellen in der Altstadt ohne Umsteigen erreicht werden. Die neue Linienführung hat aber auch einen nicht unwesentlichen Vorteil, denn große Teile der Marktgemeinde werden im 20-Minuten-Takt an das Ärztezentrum Günzstraße und vor allem an das Donau-Einkaufs-Zentrum angebunden. Das hat sich die Bevölkerung bisher schon immer gewünscht. Die derzeitige Linienführung (4, 12, 13, 17) kann nur als kurzfristige Übergangslösung betrachtet werden. Da diese Linien wohl über mehrere Jahre die Nibelungenbrücke nutzen müssen, ist es erforderlich, die Linienführungen zu optimieren. Ähnliches gilt auch für den Schulbusverkehr aus dem nordwestlichen Landkreisgebiet, besonders aus Lappersdorf. Auch hier sind neue Ideen gefragt (evtl. auch in Verbindung mit der Pfaffensteiner Brücke).

Wenn man das unnötige politische Geplänkel sein ließe und sich konstruktiv mit der neuen, nicht änderbaren Situation auseinandersetzen würde, dann müsste auch ohne Steinernen Brücke ein halbwegs akzeptabler ÖPNV gestaltet werden können. Dies bedeutet allerdings nicht, dass man künftig auf eine Ersatzbrücke verzichten kann. Diese ist notwendig.

Albert Lehrer

Im Mittelpunkt der Diskussion: die Steinernen Brücke

Die Sperrung der Steinernen Brücke für den öffentlichen Personennahverkehr durch den Regensburger Oberbürgermeister machte kürzlich Schlagzeilen.

Und weil die Begründung nicht hinreichend erläutert wurde, vermutete die Öffentlichkeit, durch die Sperrung sollte verhindert werden, dass ein Schwächeanfall eines Fahrers den Bus an die schwache Brückenbrüstung steuert und der Bus schließlich in den Donaufuten landet.

Und weil das Verhältnis zwischen Oberbürgermeister und Landrat Mirbeth keineswegs freundschaftlich ist, verursachte ein Vorschlag des Landrats Ärger: Man könnte doch für die Fahrt über die Brücke einen zweiten Busfahrer ins Gefährt setzen; bei Flugzeugen ist dies ja üblich.

Der Vorschlag fand in der Öffentlichkeit Gefallen und Kritik: Müsste man dann nicht auch die Busfahrer mit einem zweiten Cockpit ausstatten? Könnte ein zweiter Busfahrer im Notfall so schnell reagieren, dass ein Unglück verhindert wird?

Auch die überörtliche Presse griff die Idee auf. So schrieb die *Süddeutsche Zeitung* am 11. August in einem Kommentar unter der Überschrift: «Der Ochse im Nahverkehr»

„Landrat Mirbeth forderte im Lokalfernsehen, die Brücke habe gefälligst weiterhin dem Busverkehr zu dienen. Mirbeth weist ein respektables Maß an Phantasie auf: Dann müssten die Busse auf der Brücke halt mit einem zweiten Fahrer besetzt werden, der zum Steuer greift, sobald der Hauptfahrer Ausfallerscheinungen zeigt, sagt er. Dass man wieder Pferdefuhrwerke und Ochsengepanne einsetzt, das übersteigt sein Visionsvermögen offenbar. Noch.“

13.000 Einwohner und keine weiterführende Schule!

Der Bildung unserer Kinder wird in aller Munde, vor allem in Wahlkampfzeiten ein großer Stellenwert eingeräumt. Dass Lappersdorf, trotz 13.000 Einwohnern, keine weiterführende Schule besitzt, ja die Hauptschule nicht einmal einen M-Zug anbietet, der zur mittleren Reife führt, ist beschämend und zeigt, dass der Bedarf schon vor Jahren nicht erkannt wurde.

Einige Beispiele seien genannt: Regensburg (15.000 Einw.) besitzt eine Realschule, Neutraubling (13.000 Einw.) bietet ein Gymnasium und eine Realschule an, demnächst gibt es in Obertraubling (7.500 Einw.) eine Realschule, Parsberg (6.500 Einw.) hat ein Gymnasium und eine Realschule, Berching (9.000 Einw.) hat eine Realschule, Nittenau (9.000 Einw.) ein Gymnasium, Mallersdorf (7.000 Einw.) ein Gymnasium, Burglengenfeld (12.500 Einw.): Gymnasium und Realschule.

Die Schuld für diese schulpolitische Misere im Raum Lappersdorf ist nicht nur in der Marktgemeinde zu suchen. Auch der Landkreis wäre in der Pflicht gewesen, für eine gleichmäßige Schulversorgung zu sorgen, damit die Jugendlichen in allen Teilen des Landkreises gleiche Chancen haben.

Dieses unzureichende Bildungsangebot hat wohl schon lange auch Bürgermeister Dollinger erkannt. Nur so ist zu verstehen, dass er auf Biegen und Brechen im Lappersdorfer Schulhaus die umstrittene ISR (Internationale Schule Regensburg) unterbringen wollte. Das konnte die SPD nicht hinnehmen. Denn jeder weiß: Privatschulen können sich nur finanziell gut gestellte Eltern leisten. Notwendig aber ist eine Schule für alle Bevölkerungsschichten.